

ANIBAL QUIJANO

**Nationalism and Capitalism in Peru. A Study in Neo-Imperialism**

Monthly Review Press, New York and London 1971, 122 S.

Der schmale Band vereinigt zwei längere Aufsätze des Autors, die 1970 und 1971 in lateinamerikanischen Zeitschriften erschienen und nun auch in einer guten englischen Übersetzung zugänglich sind. Beide Arbeiten analysieren das reformistische Militärregime von Peru, wobei der spätere zweite Teil eine Aktualisierung und Konkretisierung des ersten darstellt.

Quijano gehört zu den bekanntesten Vertretern der Gruppe lateinamerikanischer Sozialwissenschaftler, die den Begriff der „Abhängigkeit“ als zentrales Konzept entwickelt und damit einen der interessantesten neueren Beiträge zur Erklärung von Unterentwicklung und zur Imperialismus-Theorie geleistet haben. Die vorliegenden Arbeiten über Peru stellen einen der ersten Versuche dar, dieses Konzept aus der theoretischen Abstraktion herunterzuholen und am empirischen Fall zu erproben. Der Band ist daher doppelt interessant: Einmal in theoretischer Hinsicht als Prüfstein für die Operationalisierbarkeit eines neuen Konzepts, zum anderen aus empirischer Sicht als Beitrag zur Untersuchung des „peruanischen Modells“. In beider Hinsicht kann man einen klaren Erfolg verbuchen.

Quijano verzichtet auf jede weitere theoretische Diskussion des Begriffs der „Abhängigkeit“ und geht von der abhängigen Natur aller wesentlichen Sozialstrukturen der lateinamerikanischen Länder als theoretischem Vorverständnis aus. Vom Leser wird also ein gewisser Informationsstand verlangt, ohne den die Stringenz der Argumentation nicht voll nachvollzogen werden kann. Wer aber die Dependenz-Diskussion verfolgt hat, wird ein stimulierendes Beispiel dafür finden, wie die neue Kategorie ohne den Ballast redundanter theoretischer Ableitungen in der konkreten Anwendung „funktioniert“ und zu einer überzeugenden Erklärung der komplexen peruanischen Situation führt.

Das „peruanische Modell“ beinhaltet eine Redefinition und Modernisierung der Abhängigkeit, nicht aber deren Überwindung. Während die Regierung das ausländische Kapital in seiner traditionellen Erscheinungsform als extraktive Enklave im Bereich der Landwirtschaft und des Bergbaus zurückdrängt, öffnet es ihm die Tür für Investitionen im verarbeitenden Sektor. Entsprechend wird die traditionelle landbesitzende Oligarchie durch eine Agrarreform entmachtet, die städtisch-industrielle Bourgeoisie dagegen intensiv unterstützt. Von der vorgeblichen Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Kommunismus kann daher keine Rede sein; auch die „neuen Spielregeln“ definieren Peru als abhängiges kapitalistisches Land, das jedoch vorhandene Verhandlungsspielräume besser nutzt und dessen Art der Eingliederung in das Welthandelssystem in wichtigen Punkten verändert wurde: Das Regime forciert die Industrialisierung; die Achse der ausländischen Beherrschung geht nicht mehr durch die traditionellen statischen, sondern durch die dynamischen modernen Sektoren; durch Ausweitung der Kontakte mit anderen Industriestaaten findet eine Diversifizierung der bisher einseitig auf die USA gerichtete Abhängigkeit und damit eine Ausweitung der Manövrierfähigkeit statt; wesentlicher Verhandlungspartner des Auslands ist nicht mehr die Oligarchie, sondern der in seiner Machtfülle und Rationalität enorm gestärkte Staat. Die neue Konstruktion, für die Quijano den Begriff „dependencia negociada“ — ausgehandelte Abhängigkeit — prägt, beruht also auf einer Allianz zwischen Staatskapita-

lismus und ausländischen Monopolen, wobei der nationalen Industriebourgeoisie die Rolle eines untergeordneten Juniorpartners zukommt.

Die sozialen Maßnahmen der Militärs zielen ab auf die Stärkung der schmalen Mittelschicht, der sie selbst mehrheitlich entstammen. Während für die Masse der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung die Löhne gesunken und die Arbeitsplätze knapper geworden sind, gibt die punktuell durchgeführte Landreform und das neue Betriebsverfassungsrecht einer kleinen Gruppe von Arbeitnehmern die Chance eines Aufstiegs zu einer Arbeiteraristokratie. Gewerkschaftliche Organisationen werden zunehmend reprimiert und ersetzt durch „Gilden“, in denen alle „Arbeiter“ eines Betriebs bis hinauf zum ersten Arbeiter: dem Unternehmer, in konfliktfreier Harmonie vereinigt sein und damit den „scheinbar unausweichlichen“ Gegensatz von Arbeit und Kapital überwinden sollen. Die in diesen „Gilden“ herrschende „Mitbestimmung“ und „Gewinnbeteiligung“ bevorzugen auf jede erdenkliche Weise die Unternehmensspitze und erweisen sich somit als pure Augenwischerei.

Quijano geht nicht auf die oftmals diskutierte Frage ein, ob ein Reformregime wie das peruanische spätere grundlegende Reformen vorbereiten helfe oder ihnen im Gegenteil den Weg verstelle. Der hohe Abstraktionsgrad der Arbeit birgt die Gefahr, die Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten einer „erratischen Politik“ hinwegzustrahieren und eine trügerische Klarheit entstehen zu lassen. Dies kann jedoch nicht als Nachteil betrachtet werden bei einer Arbeit, die sich ausdrücklich zum Ziel setzt, in knappster Form versuchsweise Hypothesen über die wesentlichen Merkmale des neuen Regimes zu formulieren.

Der vorliegende Band ist ein Beispiel für die enormen Fortschritte, die der Sozialwissenschaft bei der Analyse lateinamerikanischer Probleme in den letzten Jahren gelungen ist — unter Führung der Lateinamerikaner selbst.

Tilman Tönnies Evers

JEAN J. A. SALMON

**La Reconnaissance d'État**

**Quatre Cas: Mandchoukouo, Katanga, Biafra, Rhodésie du Sud**

Verlag Armand Colin, Paris 1971, 287 S.

Salmon bietet keine theoretische oder historische Abhandlung über das Problem der Anerkennung von Staaten, sondern ein didaktisches Instrument, das für Studenten wie Lehrer des Völkerrechts, der internationalen Beziehungen und verwandter Disziplinen von großem Nutzen sein kann. Das kleine Werk erfüllt diesen Zweck in ausgezeichneter Weise, und man kann ihm nur weite Verbreitung wünschen. Es gliedert sich in zwei ungleiche Teile. Der erste, absichtlich klein gehaltene enthält eine knappe, aber durchaus informative Einführung in die theoretische Problematik der Anerkennung, ihre nach Objekt und Form verschiedenen Spielarten, die Grenzen der Anerkennungsfreiheit (Salmon verneint die Rechtspflicht zur Anerkennung und zieht wie üblich die Grenze der Anerkennungsfreiheit bei der Intervention, setzt sie aber auch mit dem Selbstbestimmungsrecht in Beziehung) und die Situation des nicht anerkannten Staates (die Literatur über sie erwähnt leider nicht die wichtige Arbeit von J. A. Frowein hierzu). Wenn auch kurz, behandelt Salmon dabei doch viele wichtige Probleme. So wird z. B. die Frage der deklarativen oder konstitutiven Wirkung im Grundsätzlichen vorweg beantwortet mit der geglückten knappen Definition (S. 11): „La reconnaissance est un acte par lequel un État constatant une situation de fait ou de droit admet qu'elle lui est opposable.“